

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur
Dr. phil. Adolf Schönbauer
Verleger
Anton Schönbauer
Gasse 12
Telefon 1234

Preis: Durch unsere Posten frei ins Haus monatlich 4.00 Mark. Bei der Bestellung vorab bezahlt. Einzelhefte 1.25 Mark. Auslandspostzuschlag 0.50 Mark. In der Buchhandlung 1.00 Mark. Abnehmer außerhalb des Bezugsgebietes werden durch den Postboten nicht geliefert, wenn die Ausgabe der Ausgabe durch den Postboten erfolgt oder das Manuskript nicht rechtzeitig eingereicht wird.

Das Wichtigste vom Tage.

Trotz der Aufhebung der Pläne für die rote Armee geht die radikale Bewegung im Ruhrgebiet weiter. Neben unumgänglichen wirtschaftlichen Forderungen wird auch der Ruf nach Bewaffnung der Arbeiter erneut erhoben.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet aus München: Der Ministerrat beschloß, daß vom 8. Februar ab alle Ausdrucksarbeiten eingestellt werden.

Nach einer Tagesmeldung enthalten die Pariser Beschlüsse der alliierten Staatsmänner einen zweiten, nicht zur Veröffentlichung bestimmten Teil, der das Verhalten der Alliierten in London bei den Besprechungen mit den Deutschen festlegt.

In der gestrigen Beratung von Vertretern aller österreichischen Länder und Parteien sprachen sich sämtliche Teilnehmer im Sinne des Salzburger Beschlusses für den Anschluß an das deutsche Reich aus.

Wie aus Riga gemeldet wird, sind die polnisch-russischen Verhandlungen wieder aufgenommen worden. Polen hat seine Geldforderung um die Hälfte herabgesetzt.

Die Protestkundgebung des Reichstages.

Die gestrige Sitzung des Reichstages begann mit einer Reihe von Erklärungen. Die erste gaben die Regierungsparteien ab durch den Mund des demokratischen Abgeordneten und früheren Bizelektors Schäffer, dem Verfasser der Erklärung. In der Entwasserungsfrage sollen danach die übernommenen Verpflichtungen erfüllt werden. Der Widerstand konzentriert sich auf die wirtschaftlichen Dinge. Die Absicht, zu verhandeln, wird unterstrichen, eine Einigung auf Grund unserer eigenen neuen Vorschläge erhofft. Die Vorschläge der Entente als unannehmbar bezeichnet. Aber es wird gesagt, daß über sie überhaupt nicht verhandelt werden dürfe, wie die Deutschnationalen nachher verlangten. Die Erklärung der Regierungskoalition wurde von allen ihren Parteien mit lauten Bravo aufgenommen. Sie war also kein mühsam zustande gebrachter Kompromiß, bei dem niemandem wohl gewesen wäre, sondern traf die Meinung und Stimmung aller beteiligten Fraktionen.

Dann kam die Sozialdemokratie durch den früheren Reichsanwalt Müller zu Wort. Auch ihre Erklärung war sehr achtbar und gut stilisiert. Sie unterschied sich von der der Regierungsparteien in einer Hinsicht bei der Entwasserungsfrage. Besonders dankbar bemerkte er von dem Hause die Wendung, daß sich keine Regierung bilden werde, die etwa die jetzigen Annahmen der Alliierten für ausführbar hielte. Damit war auch den Alliierten die Hoffnung auf die Möglichkeit eines rein kapitalistischen Kabinetts abgeschnitten. Auch die deutschnationalen Kundgebung, die ebenfalls ein früherer Minister, Hergt, gab, trat der Regierung wenigstens in den wirtschaftlichen Auffassungen zur Seite. Sie vermüht nur bei Dr. Simons einen forscheren Ton und verlangt, daß keine deutsche Hand zur Verwirklichung der Forderungen der Entente Hilfe leiste, aber sie verspricht ausdrücklich Unterstützung für die Regierung, soweit sie der Entente in dem jetzt schwebenden Prozeß entgegenzutreten müsse. Dies erregte den Horn des unabhängigen Spreuers Debebour, und so beschäftigte sich dieser ganz polemisch erst mit den Deutschnationalen statt mit der Entente. Dann wünschte er von Dr. Simons eine Erklärung, daß man in jedem Falle verhandeln wolle, auch wenn andere gegnerische Vorschläge als unsere eigenen gemacht würden. Wir glauben, daß die Wendungen, die Dr. Simons am Tage vorher gebraucht hatte, diese Möglichkeit nicht ausschließen. Ausschließen ist nur, daß wir die jetzigen Vorschläge der Entente annehmen. Gegenüber den Entwasserungsforderungen macht Debebour einen bandenswerten Vorbehalt im Interesse der Industrie, die Luftfahrzeuge zu unklugerischen Zwecken herstellt, und man hofft auch in anderen Fraktionen, durch Verhandlungen die Gefährdung dieser Industrie abzuwenden zu können. Dann aber stieg Debebour leider von dem Niveau des Tages herab und hielt eine seiner obernöthigen Reden, in der er die Gelegenheit vollkommen verkennt. Er sprach über tausend Dinge und einige andere, bis das Haus ziemlich leer war. Der kommunistische Redner Bedi folgte ihm und sprach mit seinem pastoralen Pathos die vorhergehenden Erklärungen, bewarf die deutsche Regierung mit Schimpfwörtern, wie Schändung und Vögelerei, und verzapfte Überbrotchen.

Von Bedi abgesehen, hatte die Verhandlung gute Formen gezeigt. Da gab Präsident Ebe dem Tage noch einen besonderen geschmackvollen Akzent, indem er die Stimmung des Hauses zusammenfaßte und erhob durch eine warmherzige und bewegende Ansprache, worin er die Not des deutschen Volkes in ihrem ganzen

Ernst schilderte. Als er geendet hatte, flüchtete ihm das Haus einschließlich der Deutschnationalen Verfall. Doch da erhob sich eine gewaltige Geschäftsordnungsdebatte auf Anstiftung der beiden Parteien der äußersten Linken, die an den Worten des Präsidenten Anstoß nahmen. Zweifellos hat Präsident Ebe den Dank des Hauses und des deutschen Volkes verdient. Aber die Unabhängigen hatten Angst davor, durch den Präsidenten gleichsam mit den anderen Parteien des Hauses unter einen Hut gebracht zu werden, glaubten auch irrgewisse eine Kritik einzelner Parteilicher Erklärungen aus seinen Worten herausgehört zu haben, und benutzten die Möglichkeit, die Stimmung zu führen und die Wirkung dieser Reichstagsfassung abzuschwächen. Jedenfalls ergab sich ein köpplisches Schauspiel. In der Debatte trat sich namentlich Debebour und Adolf Hoffmann hervor, denen Herrmann Müller von den Sozialdemokraten und der Zentrumsführer Trimborn für alle bürgerlichen Parteien entgegentraten. So mußte sich Verger über sonderbare Volksgenossen in die stärkenden Drohungen einschleichen, mit dem man trotzallem die Sitzung verließ.

Rundgebung des Sächsischen Landtages.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm gestern Präsident Fräßdorf das Wort, um zum Ausdruck zu bringen, daß auch das sächsische Volk und der Landtag mit begreiflicher Entrüstung von den Tilgungsbedingungen und den angedrohten Zwangsmassnahmen der Entente Kenntnis genommen habe. Schon eine teilweise Erfüllung des Diktates sei unzulässig und müsse scheitern an der Finanzstellen und wirtschaftlichen Ohnmacht Deutschlands. Die hohen Einfuhrzölle würden die deutsche Industrie völlig lahmlegen und die herrschende Erwerbslosigkeit in jurchbarer Weise vergrößern und verlängern. Die Beschnidung der Ausführmöglichkeit müsse Sachsen als Ausfuhrland ganz besonders schwer treffen. Er glaube, sich mit der Kammer im Einverständnis zu befinden, wenn er in deren Namen den schärfsten Protest gegen ein solches Diktat ausspreche. Die bürgerlichen Abgeordneten und die Mehrheitssozialdemokraten hatten sich zum Zeichen des Einverständnis von ihren Plätzen erhoben, während die Unabhängigen und Kommunisten demonstrativ sitzen blieben.

Bismarck über seine Entlassung.

Im zweiten Teile des dritten Bandes der Gedanken und Erinnerungen behandelt Bismarck seine Entlassung. Am 1. März 1890 ließ er fragen, ob er an diesem oder den folgenden Tagen eine dringende Audienz erhalten könne. Er bekam aber keine Antwort. Er wollte dem Kaiser über eine Unterredung berichten, die er am 12. Februar mit Windthorst über gewisse aus Rußland erhaltene Mitteilungen gehabt hatte. Am 5. März 9 Uhr wurde Bismarck gerufen durch die Mitteilung des Kaisers, daß er um 1/10 Uhr im Büro für auswärtige Angelegenheiten Bericht erstatten solle. Der Kaiser teilte mit, daß Windthorst ihm aus eigener Initiative einen Besuch gemacht habe. Der Kaiser ließ durchblicken, ihm sei bekannt, daß der Bankier Bleichröder den Besuch Windthorsts vermittelt habe, und sagte: Juden und Jesuiten gehören immer zusammen. Bismarck antwortete darauf: Es sei ihm eine große Ehre, daß Majestät so gut über das unterrichtet sei, was in seinem Hause passiere.

Der Kaiser beschwerte sich dann, daß er keine wichtigen Berichte von seinen Ministern bekomme. Man hat mir erklärt, sagte der Kaiser, daß Sie ihnen verboten haben, mir ohne Ihre Zustimmung oder Ihre Billigung derartige Berichte zu erstatten. Sie sollen sich dabei auf alte vergilbte Verordnungen gestützt haben, die bereits ganz vergessen waren. Bismarck erwiderte: Die Verordnung vom 8. September 1852 sei für jeden Ministerpräsidenten notwendig. Sie bestimme nur, daß bei wichtigen prinzipiellen neuen Vorschlägen der Ministerpräsident unterrichtet werde, bevor man eine Entscheidung des Kaisers herbeizuführen versuche, da sonst der Ministerpräsident die allgemeine Verantwortung nicht tragen könne.

Dann folgte die bekannte Szene mit dem Kaiser über

die Berichte aus Rußland.

Am Schluß fragte Bismarck, ob der Kaiser darauf bestünde, die Verordnung vom 8. September 1852 einzuziehen. Der Kaiser antwortete: Jawohl. Bismarck wollte dann den Befehl sozusagen eintragen und abwarten, ob der Kaiser an die Einziehung der Verordnung erinnern würde. Das geschah. Bismarck erklärte, daß die Einziehung aus sachlichen Gründen unzulässig wäre. Am 17. März erschien der Chef des Militärkabinetts v. Gahrke, um zu seinem Bedauern Bismarck mitzuteilen, daß der Kaiser auf Einziehung der Verordnung bestanden bleibe, und daß er erwarte, daß Bismarck sofort seine Demission einreichen würde. Bismarck wurde zu diesem Zweck im Laufe des Nachmittags im Palais erwartet. Bismarck erwiderte: Er sei dafür nicht jung genug und würde schreiben. Am gleichen Nachmittag kamen eine Anzahl Berichte vom Kaiser zurück. Darunter waren einige eines Konsuls in Rußland. Unter diesen Dokumenten war ein

offenes eigenhändiges Schreiben des Kaisers beigefügt, das also durch die verschiedenen Büro gegangen war und lautete: Aus den Berichten geht deutlich hervor, daß die Russen einen völligen strategischen Aufmarsch angefangen haben und zum Krieg treiben. Ich muß es sehr bedauern, so wenige dieser Berichte erhalten zu haben. Sie hätten mich seit langem auf die drohende Gefahr aufmerksam machen können. Es ist höchste Zeit, Gegenmaßnahmen zu treffen. Unter diesen Umständen kann selbstverständlich von einer Reise von mir nach Kasanowelo keine Rede mehr sein. Die Berichte sind ausgezeichnet.

Bismarck erklärte, daß der Konsul 14 umfangreiche Berichte eingekauft hatte, die vermutlich für den deutschen Generalstab nichts Neues enthalten hätten. Bismarck betrachtete es als eine Laune des Zufalls, daß am gleichen Morgen Herr v. Schmalow von der Gesandtschaft in Petersburg angekommen war, der sich bei ihm melden ließ mit der Erklärung, daß er Vollmacht hätte, in gewisse Unterhandlungen einzutreten, die eine Verlängerung des im Juli 1890 ablaufenden Vertrages bezweckten, nach dem Rußland sich, wenn Deutschland von Frankreich angegriffen würde, neutral erklären sollte. Bismarck hatte den

Entwurf für die Erklärung

vorberichtet, die er im Ministerrat abgeben wollte. Es heißt darin: Ich bezweifle, ob ich die auf mir ruhende Verantwortlichkeit für die Politik des Kaisers noch länger tragen könnte, da dieser die mir dafür nicht entbehrlichen Mitteilungen nicht erteilt. Es war für mich eine Ueberraschung, daß Se. Majestät über das Vordringen des Gesetzes mit Bötticher, ohne mich und das Staatsministerium zu befragen, endgültige Beschlüsse getroffen hatte.

Bismarck ließ die Verordnung vom 8. September 1852 dem Ministerrat in Abschrift mitteilen. In einem Begleitschreiben wies er darauf hin, daß diese Verordnung nur für solche Audienzen verwenden wollte, die Veränderungen in der Befehlsgebung bezweckten. Der Kaiser habe den Befehl gegeben, diese Verordnung außer Kraft zu setzen. Er habe sich aber weigern müssen, seine Mitwirkung dazu zu erteilen. Bismarck suchte den Kaiser davon zu überzeugen, daß er die

auswärtigen Fragen seiner Politik nicht mehr vertreten könne. Trotz des Vertrauens, heißt es weiter, das ich in den Dreikönig stelle, hätte ich nicht die Möglichkeit, aus dem Auge verloren, daß dieser Bund wohl einmal zerfallen könnte, da die Monarchie in Italien nicht festsaß, da in Italien die Irredenta drohte, da in Oesterreich nur die Zuverlässigkeit des regierenden Kaisers einen Umschwung während seines Lebens unmöglich machte und da man sich auf die Haltung Ungarns überhaupt nicht verlassen konnte. Ich strebte immer danach, die Brücke zwischen Rußland und uns nicht ganz zu zerbrechen.

Dann folgt eine Mitteilung über das kaiserliche eigenmächtige Schreiben über die Berichte des Konsuls. Bismarck fährt dann fort: Ich bin überhaupt nicht verpflichtet, Sr. Majestät alle Berichte vorzulegen. Ich habe es in den betreffenden Fällen teilweise direkt, teilweise durch den Generalstab getan und bin, da ich den friedlichen Absichten des Jaren vertraue, nicht in der Lage, die Maßnahmen zu bedenken, zu denen Se. Majestät mir den Befehl gegeben hat. Weiter heißt es dann: Ich bin der Ansicht, daß zwischen meinen Kollegen und mir keine Uebereinstimmung mehr besteht und daß ich auch das Vertrauen Se. Majestät nicht mehr in genügender Weise besitze.

Ich freue mich, wenn ein König von Preußen selbst regieren will.

Ich gebe zu, daß mein Hinsehen Nachteile für die öffentlichen Interessen bringen wird und wünsche auch, da meine Gesundheit jetzt gut ist nicht ein arbeitsloses Leben, aber ich fühle, daß ich Sr. Majestät im Wege stehe und habe offiziell vom Kabinet die Nachricht erhalten, daß Majestät meine Demission wünscht. Dem allerhöchsten Befehl folgend, habe ich darum um meine Demission vom Dienst ersucht.

Herr v. Bötticher fragte, ob Bismarck nicht geneigt wäre, die Führung der auswärtigen Angelegenheiten zu behalten. Sollte man seinen Ausweg finden, dann würde das Staatsministerium zu untersuchen haben, ob es sich Bismarcks Entschlüsse anschließen solle. Es kam aber zu keiner Stellungnahme des Kabinetts. Das offizielle Protokoll über die Sitzung ist nach einer späteren Erklärung des Ministers Miquel aus den Akten veräußert und wahrscheinlich auf Anstiften des Bizelektors v. Bötticher zerstört worden. Später erschien Lucanus, der Chef des Zivilkabinetts, der ängstlich erklärte, dem Befehl des Kaisers zufolge fragen zu müssen, weshalb das verlangte Demissionsgesuch noch nicht eingetroffen wäre. Dann folgt die bekannte Darstellung der Art, in der Bismarck seine Demission einreichte. Am Abend des 18. März wurden die kommandierenden Generale in das Palais des Kaisers befohlen. Der Kaiser hielt eine Ansprache, in der er, wie Bismarck von zuverlässiger Seite erklärt wurde mitteilte, daß er sich gezwungen fühle, Bismarck zu entlassen.

Beim Chef des Großen Generalstabes sollten Klagen über

alle
Zubehör
ath.
en- und
hüten und
Schon seit
häft.
ien
he 18.
ie.
en!
igenen
abate,
bernen.
unter
erlaub.
wegen
vorbeh.
erbelter
bitte
geben.
Brag.
r. 57.
rgeb.
fucht.
hlen
auf!
gebrauchte
schinen
schinen
schönen
Hobell
bis 5 m
ch geben
Einfach-
lich vor-
zufehen.
M.H.S.
schaffen.